Wir werden ja sicherlich Ihre Wünsche nochmals ernstlich prüfen; vielleicht kann man die freiwillige Versicherung noch etwas ausbauen. Aber ich kann in einer so wichtigen Frage meine Entscheidung nicht nach irgend einer Seite hin festlegen. (Beifall.) — Abg. Trimborn (Zentr.) weist darauf hin, daß unter den Handwerkern selber die Frage noch nicht geklärt sei, und ermahnt die Handwerker, von der freiwilligen Versicherung mehr als bisher Gebrauch zu machen. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) meint, der Interpellant müßte eigentlich wegen des Plagiats angeklagt werden (Heiterkeit), da seine Forderung bereits in einem sozialdemokratischen Antrage von 1889 enthalten sei, und erklärt ferner, daß die Sozialdemokraten jedenfalls nicht dafür zu haben sein werden, daß für die Witwen- und Waisenversicherung noch Beiträge erhoben würden. Weiter verbreitet sich Redner über die großkapitalistische Entwicklung, die den Handwerker nicht in höhere Schichten aufrücken lasse, sondern ihn immer mehr auf das Niveau der Unselbständigkeit, der Arbeiterschaft, herabdrücke. — Abg. Böckler (Antis.): Das grundsätzliche Bedenken des Staatssekretärs gegen die Versicherung der Handwerker als „selbständiger Elemente" sei durchaus hinfällig. Die wirklich Selbständigen seien heute zu zählen. Tatsächlich herrsche auch in weitesten Kreisen des Handwerks der dringende Wunsch nach obligatorischer Versicherung. Wenn man sehe, mit welchem Unverstand seitens der Kreise, die die Pflicht hätten, auch für den Mittelstand zu sorgen, vorgegangen werde, so begreife man, daß der Mittelstand das Vertrauen zu der Regierung verliere. Wir erwarten freilich nichts von dieser Regierung; denn wir wissen ja, wie diese Kreise selbst bis in die höchsten hinein ballinisiert sind. Wenn es so weitergeht, wie jetzt, zum Schaden des Mittelstandes, dann „Gute Nacht Kaiser und Reich!" — Abg. Pachnicke (Freis. Vereinig.) wendet sich entschieden gegen eine Zwangsversicherung selbständiger Handwerker, die etwa 5 Millionen neuer Personen in die Staatsversicherung hineinziehen würde. Wo wolle man die Deckungsmittel für die Mehrausgabe hernehmen? Dagegen empfehle sich, eine erweiterte Versicherungsmöglichkeit zu schaffen. Vielleicht könne man auch die Altersgrenze von siebzig Jahren herabsetzen, den Grad der Erwerbsunfähigkeit bezw. Fähigkeit anders festsetzen und auch berücksichtigen, ob Kinder vorhanden sind oder nicht. — Abg. Holtz (Reichsp.) bedauert, daß mehr als schöne Reden bei der Sache nicht herauskommen werden. Jedenfalls sei die frühere Voraussetzung, die gegen die Zwangsversicherung der Handwerker spreche, die Selbständigkeit, heute nicht mehr vorhanden. — Abg. v. Schele-Wunstorf spricht sich gegen die Zwangsversicherung als dem Wesen des Handwerks durchaus widersprechend aus. — Abg. Pauli-Potsdam (wildk.) plaidiert lebhaft für die Zwangsversicherung der Handwerker. Wir, so bemerkt er, haben selbst einen bezüglichen Antrag eingebracht; kaum haben das die Nationalliberalen bemerkt, da kommen sie uns mit dieser Interpellation zuvor. Das ist ein Wettbewerb, den ich nicht näher kennzeichnen will. (Heiterkeit.) Daß die Handwerker selber in dieser Frage noch untereinander uneinig seien, ist nicht richtig. Man solle doch nur einmal die Handwerkerkammern befragen. — Abg. v. Chlapowski (Pole) äußert keine Sympathie mit den Grundgedanken der Interpellation. — Abg. Patzig (nat.-lib.) kann nicht anerkennen, daß die Ausdehnung der Zwangsversicherung auf das Handwerk einen Schritt in den sozialen Staat hinein bedeuten soll; aber wenigstens habe die heutige Verhandlung klärend gewirkt, sie habe gezeigt, daß die Regierungen diesen Weg der Zwangsversicherungen nicht betreten wollen, und daß andererseits die Vertreter einer Reihe von Parteien mit diesem Gedanken sympathisieren. — Abg. Euler (Zentr.) bestreitet, daß die Mehrheit der Handwerker die obligatorische Invalidenversicherung wünsche. Dem Handwerke müsse mit ganz anderen Mitteln geholfen werden; man müsse es wieder selbständig machen durch Befähigungsnachweis und durch die Vorschrift, daß nur geprüfte Meister Lehrlinge halten dürfen. — Abg. Hagemann (nat.-lib.): Als Mitunterzeichner der Interpellation vertrete ich deren Forderungen vom Standpunkte der staatserhaltenden Interessen; diese machen es nötig, gerade in besonderem Maße den Mittelstand, das Handwerk, vor einem weiteren Niedergange zu bewahren. — Auf Anzapfung des Abg. Molkenbuhr (Soz.) hält Abg. Trimborn (Zentr.) den Sozialdemokraten vor, sie hätten seinerzeit gegen das ganze Invaliditätsgesetz gestimmt, hätten also keinerlei Aktivlegitimation, Anklagen gegen andere Parteien zu erheben. — Abg. Froelich (Antis.) plaidiert für Zwangsversicherung des Handwerks. — Staatssekretär Graf Posadowsky spricht seine Genugtuung über die Versicherung Molkenbuhrs aus, daß die Sozialdemokraten in Deutschland niemanden wegen seiner politischen Gesinnung boykottierten, aber in Frankreich ist bekanntlich Herr Millerand boykottiert worden. (Heiterk.) — Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Chlapowski, Patzig und Bebel, der den bürgerlichen Parteien vorhält, sie seien zu ihrer ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung ja doch nur Schritt für Schritt durch die sog. „wüste Agitation" der Sozialdemokratie gezwungen worden, ferner nach einer Entgegnung Abg. Bachems schließt die Besprechung. Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr. — Morgen 1 Uhr: Interpellationen Faucecke wegen des Zeugniszwanges für die Presse, und v. Bieberstein wegen Kündigung der Handelsverträge.

Berlin. (Priv.-Tel.) Am heutigen Todestage des Vaters der Kaiserin, des 1880 verstorbenen Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, hat das Kaiserpaar einen Kranz auf dem Sarge des Herzogs in Primkenau niederlegen lassen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In Sachen der Wurmkrankheit will der Handelsminister eine weitere Konferenz der Knappschaftsärzte zu Ostern nach Berlin einberufen. — Nach offiziöser Verlautbarung kann für das Etatjahr 1903 mit einem Mehrüberschuß der Eisenbahnverwaltung von 73 bis 80 Mill. Mk. über den Etatansatz gerechnet werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der nach London durchgebrannte Schürzenhändler H. L. Berkowitz hat, wie in einer Versammlung seiner Gläubiger festgestellt wurde, 250 000 Mk. Schulden hinterlassen, denen an Aktiven etwa 50 000 Mk. gegenüberstehen. Der Konkurs über das Vermögen des B. wird nicht eröffnet werden, da sich die Gläubiger zu einem außergerichtlichen Vergleich von 40 Prozent entschlossen, die der wohlhabende Schwiegervater des Schuldners in zwei Raten zu zahlen sich verpflichtet hat.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Der hiesige Rat stimmte den Vorschlägen des Hochbauamtes wegen besserer Zugänglichmachung des alten Theaters zu. — Bei der Kriminal-Abteilung des hiesigen Polizeiamtes sind im vergangenen Jahre 11 850 Anzeigen erstattet worden. Auffällig ist die Zunahme von Auftauchen falschen Geldes, nämlich 1171 Fälle gegen 478 im Vorjahre.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Hier wurde es heute mittag gegen 1 Uhr plötzlich stockfinster, dann brach ein heftiges Gewitter los.

Hannover. (Priv.-Tel.) Den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der hiesigen Garnison wurde der Besuch von Benedix' „Kapsenstreich", der am hiesigen Residenztheater zur Aufführung gelangt, verboten.

Gotha. (Priv.-Tel.) Die Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit wird ihren Versicherten auf das Jahr 1903 als Ueberschuß 75 Prozent der eingezahlten Prämien zurückgewähren.

Bonn. (Priv.-Tel.) Prinz Eitel Friedrich und Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha haben die Einladung der großen Karnevalsgesellschaft Köln angenommen und werden Sonntag, den 17. d. M., nachmittags mit dem Korps Borussia der Sitzung im großen Saale der Bürgergesellschaft beiwohnen.

Köln. (Priv.-Tel.) Der „Köln. Ztg." wird in einem längeren Telegramm aus Berlin über den Aufstand der Hereros gemeldet: Es liegt auf der Hand, daß die ausgedienten Mannschaften jetzt nicht entlassen werden können und daß der neu hinzukommende Ersatz eine sehr erwünschte Verstärkung der Truppenmacht in unseren Gebieten bedeutet. Sollten mehr Verstärkungen von den dortigen Behörden verlangt werden, so wird man sich der Erfüllung dieser Forderung nicht verschließen können und die Verstärkungen von vornherein so bemessen müssen, daß man mit ihnen den Aufstand rasch auf das gründlichste niederwerfen kann. Was den Grund des Aufstandes anlange, so bleibe immer der wahrscheinlichste, daß der neue Aufstand mit den Bondelzwarts zusammenhänge, worüber unter den Hereros falsche Nachrichten verbreitet sein dürften.

Mühlhausen i. Thür. Der Fabrikantenverband der Textilbranche lehnte weitere Verhandlungen mit der Arbeiterschaft über eine Verkürzung der Arbeitszeit endgültig ab. Beim Ausbruch des Streiks wird sofort die Schließung der Spinnereien erfolgen.

Braunschweig. In einem beim Landtage eingegangenen Gesetzentwurfe, nach dem den Gemeinden das Recht gegeben wird, die Warenhäuser und Wanderlager zu einer besonderen Steuer heranzuziehen, wird bestimmt, daß die Steuer für Warenhäuser 3 Prozent, die Steuer für Wanderlager 5 Prozent des Umsatzes nicht übersteigen darf. — Das braunschweigische Vereins- und Versammlungsrecht soll dahin abgeändert werden, daß auch weibliche großjährige Personen an solchen Vereinen und Versammlungen teilnehmen dürfen, die der Nächstenliebe oder der Erziehung und dem Unterrichte weiblicher Personen dienen.

München. In der Kammer der Abgeordneten wurde heute gelegentlich der Beratung der Polizeidirektion München die schon gestern vom Abg. Müller (Soz.) einer Kritik unterzogene Beschlagnahme der letzten Zentrumsnummer des „Simplicissimus" weiter erörtert. Abg. Lerno (Zentr.) betont, daß er seinerzeit nur ein Kolportageverbot gefordert habe. Weite Kreise seien der Ansicht, daß gegen die Vergiftung unserer Jugend und gegen die Untergrabung der Autorität durch Witzblätter, wie den „Simplicissimus", etwas geschehen müsse. Minister Freiherr v. Feilitzsch hebt u. a. hervor, daß die betreffende Nummer des „Simplicissimus" von der Polizei in Stuttgart, wo das Blatt gedruckt werde, als Pflichtexemplar nach München gesandt worden sei, wo sich der Verlag des Blattes befinde. Bei der Beschlagnahme, welche das Gericht bestätigt habe, sei ganz korrekt verfahren worden. Mit einem Kolportageverbot sei wenig zu erreichen. Eine Zensur nach den Wünschen der Sozialdemokraten sei unmöglich, denn der Zensor müsse die bestehenden Gesetze beobachten, und das wollten die Sozialdemokraten nicht. Abg. Deinhardt (lib.) erklärt, „Jugend" und „Simplicissimus" seien nach modernen Begriffen nicht unmoralisch. Die beschlagnahmte Nummer des „Simplicissimus" geißle jene Moral, die in Bayern vor 100 Jahren infolge der langdauernden Herrschaft des Klerus geherrscht habe. Sie wünschten nicht, sagt Redner, daß jene Moral sich unter der Herrschaft des Ultramontanismus wieder neu etabliere.

Wien. (Priv.-Tel.) Bei einer Treibjagd in der Nähe von Sobotka schoß der Grundbesitzer Ritter v. Zlonicki so unglücklich, daß die Ladung den neuernannten Pfarrer von Sobotka, Pater Chozemski, ins Gesicht traf. Der Pfarrer war sofort tot.

Paris. Der Senat wählte Fallières mit 219 Stimmen wieder zum Präsidenten. Auch die bisherigen 4 Vizepräsidenten wurden wiedergewählt.

Rom. (Priv.-Tel.) Heute abend wird die Ernennung von Granito Belmonte zum Nuntius in Wien und von Migr. Raputo zum Nuntius in München veröffentlicht. — Der Papst empfing heute den deutschen Reichstagsabgeordneten Dr. von Hertling.

London. (Priv.-Tel.) Wie aus Washington gemeldet wird, ist im Parlament ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der bezweckt, den Auslieferungsvertrag zwischen Amerika und England dahin abzuändern, daß künftig auch eine Auslieferung für politische Bestechungen erfolgen kann.

Krakau. (Priv.-Tel.) Wie hiesige Blätter melden, strengte Fürstbischof Dr. Kopp eine Klage gegen den Pfarrer an der hiesigen Kreuzkirche, Mikulski, an, weil letzterer trotz Verbotes die Trauung des Reichstagsabgeordneten Korfanty vorgenommen hatte.

Konstantinopel. Der Generalinspekteur Hilmi Pascha wird am Montag von Monastir nach Saloniki abreisen, wohin sich gleichfalls am Montag die beiden Zivilagenten von hier begeben. — Die letzte Note der Pforte an die Ententemächte, die die neun Punkte des Mürzsteger Programms betrifft, wird vor der Hand nicht beantwortet werden. Die Botschafter der Ententemächte behalten sich vor, die Pforte gelegentlich auf ihre nicht ganz klare oder dem Mürzsteger Programm nicht vollkommen entsprechende Auffassung einiger Reformpunkte aufmerksam zu machen, so beispielsweise auf diejenigen betreffend den dienstlichen Verkehr der Zivilagenten, der nicht durch die Botschafter Englands, Rußlands und Ungarns, sondern direkt mit dem Generalinspekteur erfolgen wird.

Konstantinopel. Auch von Seiten Deutschlands ist die Beistellung eines Adjunkten des Oberkommandanten der Gendarmerie angemeldet worden.

Washington. Das Staatsdepartement hat eine Erklärung über den chinesisch-amerikanischen Vertrag veröffentlicht, indem es eine Geschichte der Verhandlungen gibt und auf die aus dem Vertrage folgenden Vorteile hinweist. Die Oeffnung von Mukden und Antung sei wahrscheinlich am interessantesten für die Oeffentlichkeit, das Staatsdepartement weist aber darauf hin, daß auch die Oeffnung von Tatungkan unter den Vertrag falle. Wahrscheinlich würden alsdann Konsularvertretungen der Vereinigten Staaten und anderer Mächte dort eingerichtet werden, welche ihr ernstes Bestreben darauf richten würden, die Ordnung in diesem sehr beunruhigenden Grenzlande Chinas herzustellen, und die in hervorragender Weise dazu beitragen würden, daß der Grundsatz der offenen Tür gesichert würde, zu dem China sich unwiderruflich verpflichtet habe, und daß die Integrität Chinas und seiner administrativen Kontrolle über seine mandschurischen Provinzen gewahrt werde.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 213,—. Diskonto 195,—. Dresdner Bank 155,40. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Laurahütte 238,60. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Fest.

Paris. (3 Uhr nachmittag.) Rente 97,77. Italiener 102 40. Spanier 87 15. Neue Portugiesen 62,90. Türken (unific. Anleihe) 88,15. Türkenlose 131,25. Ottomanbank 819,—. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Januar 21,80 per März-Juni 21 30, behauptet. Roggen per Januar 43 —, per Mai-August 43,25, fest. Rüböl per Januar 61,25, per Mai-August 60,75, behauptet.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per Januar —,—, per März —,—. Roggen per Januar —,—, per März —,—. Geschäftslos.

Oertliches und Sächsisches.

— Der Großherzog von Oldenburg kaufte zu wiederholten Malen in der Moskauer Confiserie von L. Tiede, Struvestraße 3.

— Dem Ratsmitgliede, Böttchermeister und Schenkwirt Werner in Radeberg und den Bezirksschuldirektoren Gasch und Henker in Dresden ist das Ritterkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden verliehen worden.

— **Landtagsverhandlungen.** Zweite Kammer. Auf der Tagesordnung stehen die Vorberatung über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen betreffend, sowie die Schlußberatungen über eine Reihe Kapitel des ordentlichen und außerordentlichen Etats. Am Ministertische die Herren Staatsminister v. Metzsch, Dr. v. Seydewitz, Dr. Rüger und Dr. Otto. — Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung nimmt das Wort Herr Finanzminister Dr. Rüger. Er weist auf die gedruckt vorliegende Begründung des Entwurfs hin, der eine Verbesserung in der Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen herbeiführen solle. Es handle sich um ein nicht ganz unerhebliches öffentliches Interesse, darum hoffe die Regierung, daß der vorliegende Entwurf die Billigung der Landesvertretung finden werde. — Da sich niemand zum Worte meldet, schlägt der Präsident vor, die Vorlage der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen, die sie im Einvernehmen mit der Finanzdeputation A zur Vorberatung bringen soll. — Es folgt die Schlußberatung über Kapitel 5 des ordentlichen Etats für 1904/05 Hofapotheke betreffend. Abg. Facius-Lugau (kons.) beantragt als Berichterstatter der Finanzdeputation A, die Einnahmen mit 25 102 Mk. zu genehmigen und die Ausgaben mit 800 Mk. zu bewilligen. Die Kammer stimmt dem Antrage einstimmig und ohne Debatte zu. — Ebenfalls einstimmig und ohne Debatte werden nach einer kurzen Berichterstattung des Abg. Liebau-Rochlitz (kons.) bei Kapitel 35 des ordentlichen Etats, Hauptstaatsarchiv betreffend, die Einnahmen mit 140 Mk. genehmigt und die Ausgaben mit 78 280 Mk., darunter 10 800 Mk. transitorisch, bewilligt. — Gleichfalls glatte Erledigung finden die Kapitel 46, 52, 54 und 58a des ordentlichen Etats, Departement des Innern betreffend, und es werden dem Antrage der Finanzdeputation A (Berichterstatter Abg. Behrens-Oberlößnitz (kons.) entsprechend, bei Kapitel 46, Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung, die Ausgaben mit 10 000 Mk. bewilligt, bei Kapitel 52, Landesmedizinalkollegium, die Einnahmen mit 1200 Mk. genehmigt, die Ausgaben mit 64 135 Mk. bewilligt; bei Kapitel 54, Ambulatorische Kliniken (Polikliniken), Krankenbetten zum Ersatze der Kliniken der vormaligen Chirurgisch-medizinischen Akademie, die Ausgaben nach Abstrich von 500 Mk. mit 14 460 Mk. bewilligt und endlich desgleichen bei Kapitel 58a, Grenzregulierungen, die Ausgaben mit 10 000 Mk. — Es folgt die Schlußberatung über Kapitel 105 und 106 des ordentlichen Etats, Reichstagswahlen und Vertretung Sachsens im Bundesrat betreffend. Der Berichterstatter der Finanzdeputation A, Abg. Döbritz-Nischwitz, beantragt namens der Deputation die Bewilligung der Kapitel nach der Vorlage. Die Mehrforderung von 3000 Mk. bei Kapitel 105 sei durch den Aufwand bei Herstellung der Wahlzellen hervorgerufen. Abg. Günther-Plauen i. V. (freis.) weist auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen hin und spricht im Zusammenhange damit den Wunsch aus, die Regierung möge ihre Organe anweisen, daß künftig bei den Wahlen eine Beeinträchtigung der Agitation nicht wieder herbeigeführt werde. Redner wird an weiteren Ausführungen durch den Präsidenten verhindert, der dem Redner anheimgibt, seine diesbezüglichen Beschwerden beim Kapitel „Ministerium des Innern" vorzubringen. Hierauf werden einstimmig bei Kapitel 105 die Ausgaben mit 4500 Mk. und bei Kapitel 106 mit 43 625, darunter 750 Mk. transitorisch, bewilligt. — Den Schluß der Tagesordnung bilden die Titel 1 und 2 des außerordentlichen Etats für 1904/05. Die Finanzdeputation A beantragt durch den Mund ihres Berichterstatters, Abg. Rollfuß-Zittau (natl.): Bei Titel 1 die als zweite und letzte Rate für Erbauung neuer Justizgebäude in Bautzen eingestellten 1 238 000 Mk., welche Summe sich gegen den ursprünglichen Voranschlag um 20 000 Mk. erhöht hat, zu bewilligen, ebenso bei Titel 2: 265 000 Mark für den Neubau eines Gerichts- und Gefangenhauses in Crimmitschau (zweite und letzte Rate von 515 000 Mk. Gesamtkosten), 142 000 Mk. für den Neubau eines Gerichts- und Gefangenhauses in Hohenstein-Ernstthal (zweite und letzte Rate von 342 000 Mk.), 1 500 000 Mk. für den Neubau eines weiteren Justizgebäudes und Gefängnisses in Dresden (zweite Rate der etwa 3 Millionen betragenden Gesamtkosten, von denen noch 432 000 Mk. für den nächsten Etat zu erwarten sind), 2 300 000 Mk. für den Neubau eines weiteren Justizgebäudes und Gefängnisses in Leipzig (zweite und letzte Rate von 3 300 000 Mk.), 550 000 Mk. für den Erweiterungsbau bei den Justizgebäuden in Plauen (zweite und letzte Rate von 1 250 000 Mk.), demnach insgesamt 4 757 000 Mk., zu bewilligen. Der Berichterstatter gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Justizetat künftig nicht mehr am außerordentlichen Etat teilnehmen werde, wie es bisher regelmäßig der Fall gewesen sei. — Abg. Teichmann-Werdau (natl.) beschwert sich darüber, daß bei den Bauten in Crimmitschau die dortigen Handwerker und Gewerbetreibenden nicht berücksichtigt worden seien und richtet darum nochmals die Bitte an die Regierung, im Hinblick auf die äußerst bedrängte Lage, in der sich augenblicklich die Crimmitschauer befänden, die Bauleitung anzuweisen, künftig die Crimmitschauer Handwerker und Geschäftsleute mehr als bisher bei Vergebung von Arbeiten zu berücksichtigen. — Den gleichen Wunsch äußert Abg. Rittberger-Limbach (kons.) bezüglich Hohenstein-Ernstthals. — Abg. Dr. Vogel-Dresden (natl.) bedauert, daß für den Neubau eines weiteren Justizgebäudes und Gefängnisses in Dresden nicht diesmal schon die ganze Restsumme gefordert werde. Die räumlichen Verhältnisse im alten Dresdner Justizgebäude seien derartig beschränkte, daß die Fertigstellung des neuen Gebäudes ein dringendes Bedürfnis sei. Jedenfalls möge der Bau mit den heute zu bewilligenden Mitteln so weit gefördert werden, daß er in mindestens 2 bis 2½ Jahren fertiggestellt sei. Er halte es überhaupt für richtiger, wenn bei Bewilligungen für derartige Bauten die Raten je nach der Gesamtsumme mehr zusammengefaßt und dadurch die Ausführung der Gebäude auf einen kürzeren Zeitraum beschränkt würde. Man solle sich lieber in bezug auf die in Angriff zu nehmenden Bauten Beschränkungen auferlegen. Abg. Enke-Leipzig (kons.) wiederholt seine bei der allgemeinen Vorberatung des Etats ausgesprochene Bitte, daß von der Regierung darauf gesehen werde, daß bei den Bauten nicht die bei einem Titel etwa gegen den Voranschlag gesparten Beträge beliebig in anderen Titeln weiter verwendet würden. Abg. Hähnel-Kuppritz (kons.) schließt sich namens der Finanzdeputation dem Wunsche des Vorredners an und auch Abg. André-Braunsdorf (kons.) unterstützt diesen Wunsch. Regierungskommissar Geh. Rat Jahn sichert den Abgg. Teichmann und Rittberger bezüglich ihrer Wünsche um Berücksichtigung der einheimischen Industrie die Unterstützung der Regierung zu. In Hohenstein-Ernstthal sei es nicht möglich gewesen, einheimische Gewerke zu verwenden, weil diese sich bei der öffentlichen Ausschreibung der Arbeiten nicht gemeldet hatten. Dem Abg. Enke erwidert er, daß es nicht immer zu umgehen sei, bei einzelnen Arbeiten Ueberschreitungen durch Ersparnisse bei anderen Arbeiten zu decken. Abg. Dr. Vogel-Dresden entgegnet dem Kommissar, daß man seinen Ansichten wohl zustimmen könne, so lange es sich um geringfügige Verschiebungen handle, es seien aber in dieser Beziehung so krasse Uebelstände hervorgetreten, daß es ernste Pflicht der Regierung sei, hierin eine Aenderung eintreten zu lassen. Vor allem müsse für Staatsbauten eine Besserung der jetzt oft sehr mangelhaften Veranschlagungen gefordert werden. Abg. Enke bestätigt, daß Ersparnisse von 50—100 000 Mk. bei einer Position, etwa bei Maurer- oder Erdarbeiten, vorgekommen und diese großen Summen dann benützt worden seien, um Diensträume luxuriös und opulent auszustatten. Geh. Rat Jahn: Die Justizverwaltung sei sich nicht bewußt, in der eben geschilderten Weise verfahren zu sein, sie habe stets nach möglichster Einfachheit und Zweckmäßigkeit bei ihren Bauten gestrebt. Das Dresdner Justizgebäude werde so rasch als möglich fertiggestellt werden, es liege das schon im eigenen Interesse der Verwaltung, die sich jetzt sogar mit ermieteten Räumen behelfen müsse. Dem geäußerten Wunsche, die Ansicht des Gefängnisses vom Münchner Platz aus möglichst zu verhüten, werde Rechnung getragen. Abg. Enke, dem ausdrücklich gestattet wird, zum dritten Male zu einer Sache zu sprechen, gibt zu, daß er mit seinen Ausführungen nicht die Justizbauverwaltung gemeint habe. Abg. Hähnel: Es könne der Finanzdeputation nur recht sein, wenn die soeben gerügten Verhältnisse einmal eingehend zur Sprache kämen. Sei es doch beim Bau des Polizeigebäudes vorgekommen, daß bei den Maurerarbeiten infolge mangelhafter Veranschlagung gegen 100 000 Mk. erspart wurden, die dann mit einer Ueberschreitung von 78 000 Mk. für andere Zwecke Verwendung fanden. Der Berichterstatter, Abg. Rollfuß, bemerkt in seinem Schlußwort, die ganze Debatte, und besonders die Ausführungen Enkes hätten auf ihn den Eindruck gemacht: „Den Justizetat schlag' ich und den Eisenbahnetat mein ich". (Heiterkeit.) Die angeführten Titel werden hierauf einstimmig nach dem Antrage der Deputation bewilligt. — Nächste Sitzung heute vormittag 10 Uhr.

— Von der Rechenschafts-Deputation der Zweiten Kammer liegen drei Berichte vor, und zwar über Kapitel 5, 6 und 7 des mittels Königl. Dekrets Nr. 1 vorgelegten Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1900/01, Hofapotheke, Elsterbad und „Leipziger Zeitung" betreffend, ferner über das Königl. Dekret Nr. 3, den Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1900 und 1901, und über Kapitel 24 des mittels Königl. Dekrets Nr. 1 vorgelegten Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1900/01, dieselben Sammlungen betreffend, und über Kapitel 38 bis mit 41 des mittels Königl. Dekrets Nr. 1 vorgelegten Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1900/01, Departement der Justiz betreffend. Die Deputation empfiehlt der Kammer, der Regierung betreffs der genannten Kapitel der mittels Dekrets Nr. 1 abgelegten Rechenschaft Entlastung zu erteilen und sich durch den im Dekret Nr. 3 gegebenen Bericht für befriedigt zu erklären.

— Die Beschwerde- und Petitions-Deputation der Zweiten Kammer beantragt, die Petition des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins zu Leipzig um Aufstellung von Normen für die Vorbildung und die amtliche Stellung der weiblichen Gewerbeaufsichtsorgane auf sich beruhen zu lassen.

— Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten wurde mit der Kundgabe eines Handschreibens des Königs an die städtischen Kollegien eingeleitet, das folgenden Wortlaut hatte:

„Die Mir von dem Rate und den Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt beim Jahreswechsel eingereichte Adresse habe Ich empfangen und mit Freude die abermalige Huldigung und das Treugelöbnis entgegengenommen, wie sie in dem nun verflossenen Jahre wiederholt und namentlich bei